Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/266
20.01.95

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. Januar 1995 am Donnerstag, dem 26. Januar 1995

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Rolf Schwanitz** (SPD)

Welche Verfahrensweise ergibt sich in den neuen Bundesländern nach dem Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz zur Befriedigung von Gläubigeransprüchen wegen der Bestellung einer Hypothek aus der Zeit vor 1949, wenn die Gläubiger bzw. deren Erben bekannt sind, und inwieweit unterscheidet sich diese Befriedigung von den allgemeinen diesbezüglichen Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordneter **Dr. Freiherr Wolfgang von Stetten** (CDU/CSU)

Angesichts der Tatsache, daß den deutschen Landwirten unverständlich ist, daß in Deutschland zugelassene Tierarzneimittel und Pflanzenschutzmittel in den anderen EU-Ländern ohne weiteres zugelassen werden, während in anderen EU-Ländern zugelassene Tierarzneimittel und Pflanzenschutzmittel einer weiteren „deutschen Prüfung" bedürfen, frage ich die Bundesregierung, ob ihr Erkenntnisse vorliegen, ob diese Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der „deutschen chemischen Industrie" bewußt aufgebaut werden und/oder ob es eine „hausinterne Schikane" für deutsche Landwirte ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

3. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem erfolgreichen Test der Windkraftanlage AEOLUS II für den zukünftigen Einsatz von Windkraftanlagen, insbesondere in Gebieten mit einer Windgeschwindigkeit von weniger als sechs Meter pro Sekunde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

4. Abgeordnete **Dagmar Schmidt (Meschede)** (SPD)

In welcher Form beinhalten die finanziellen Zusagen infolge des Rückübernahme-Abkommens mit Vietnam entwicklungspolitische Absprachen?

5. Abgeordnete **Dagmar Schmidt (Meschede)** (SPD)

Kann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nähere Angaben über Umfang und Zahl der Vietnamesen machen, die an den für chilenische, eritreische und vietnamesische Flüchtlinge in Deutschland aufgelegten Programmen teilnehmen, oder ist nach Abschluß des deutsch-vietnamesischen Rückübernahme-Abkommens an eine Streichung der Programme für Vietnamesen gedacht?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordnete **Angelika Beer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Bundesregierung ob es zutrifft, daß der Bundesnachrichtendienst im Jahr 1987 in der deutschen Botschaft in Tripolis eine Legalresidentur eingerichtet hat, und ob es nach Einrichtung der Legalresidentur eine Ausbildungshilfe für den libyschen Geheimdienst in Libyen oder in Bayern gegeben hat?

7. Abgeordnete **Angelika Beer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang und auf welchem Sektor hat es von 1978 bis heute Militär- und Polizeihilfe sowie Hilfe bei geheimdienstlichen Tätigkeiten für Libyen gegeben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

8. Abgeordneter **Simon Wittmann (Tännesberg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Briefe an die Deutschen Freundeskreise in Oberschlesien (Polen) geöffnet und abgefangen werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um den ungehinderten Briefverkehr sicherzustellen?

9. Abgeordneter **Dr. Winfried Pinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regierung der Republik Sudan derzeit offenbar eine Großoffensive gegen die Provinz West-Equatoria begonnen hat, und dieser Offensive nicht nur die bemerkenswerten Erfolge der über Nichtreorganisationen finanzierten Entwicklungshilfemaßnahmen der Bundesregierung zunichte machen, sondern auch Hunderttausende nach Uganda vertreiben könnte?

10. Abgeordneter **Dr. Winfried Pinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß schon heute in Nord-Uganda über 300000 sudanesische Flüchtlinge leben, die mangels Geldmittel und Land nur notdürftigst versorgt werden können, und ist die Bundesregierung bereit, maßgebliche Mittel für die Versorgung dieser Flüchtlinge durch entwicklungspolitisch orientierte Maßnahmen über die Nothilfe von UNHCR hinaus bereitzustellen, um eine spätere rasche Wiedereingliederung dieser Flüchtlinge vorzubereiten und zu ermöglichen?

11. Abgeordneter **Alois Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung angesichts der Erfolge der bisherigen Entwicklungshilfeprogramme in der Provinz West-Equatoria, die dazu geführt haben, daß diese Provinz nicht nur die eigenen Bewohner ernähren, sondern auch nennenswerte Nahrungsmittelüberschüsse erwirtschaften bzw. eine weit größere Bevölkerung aufnehmen kann, noch Möglichkeiten, im Rahmen der EU die festgefahrenen International Authority for Dronght and Development-Friedensbemühungen mit dem Ziel zu unterstützen, zunächst einmal eine strikte Waffenruhe in der genannten Provinz zu erreichen?

12. Abgeordneter **Alois Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU)

Welche Schritte plant die Bundesregierung, wenn die International Authority for Dronght and Development-Friedensbemühungen zu keinem sofortigen Erfolg führen, sich sowohl innerhalb der EU als auch insbesondere innerhalb des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für die Errichtung einer demilitarisierten Zone unter internationaler Überwachung in West-Equatoria einzusetzen, damit nicht nur die Bewohner dort überleben können, sondern auch Flüchtlinge aus Uganda, aber ebenso aus den Vertriebenenlagern um Khartoum dorthin zurückkehren könnten?

13. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was gibt der Bundesregierung Anlaß zu der Einschätzung, daß anders als im Jahr 1994 der deutsche Konvoi ab März nicht mehr notwendig sei, obwohl nach wie vor der überwiegende Teil Bosniens nicht frei zugänglich ist und damit die humanitäre Hilfe von NGOs und privaten Initiati-

ven nicht mittels kommerzieller Transportunternehmen oder privater Fahrten in die Notstandsgebiete gebracht werden kann?

14. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, die Luftabwurfprogramme für bosnische Enklaven wieder aufzunehmen, nachdem die von serbischer Seite zugesagte Vereinbarung nicht eingehalten worden ist, den seit Monaten durchgeführten systematischen Salzentzug in der Enklave Screbenica aufzugeben und nachdem „Ärzte ohne Grenzen" darauf hinweist, daß die Pro-Kopf-Kalorienversorgung für die Bevölkerung in der Enklave seit Monaten nicht über ca. 900 Kalorien pro Tag liegt?

15. Abgeordneter **Dr. Christian Schwarz-Schilling** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung tatsächlich damit „überein, daß im Ergebnis nur eine tragfähige politische Lösung eine gesicherte Versorgung (für die eingeschlossene Bihac-Zone) ermöglicht" (Antwort auf die Frage 13 in Drucksache 13/213 der Fragestunde vom 19. Januar 1995) und man damit – angesichts der Tatsache, daß eine politische Lösung durch die Haltung der bosnischen Serben seit dreieinhalb Jahren fehlgeschlagen ist und es auch nicht zu erwarten ist, daß hier in den nächsten Wochen eine entscheidende Änderung ansteht – offensichtlich glaubt, daß die Europäischen Nationen und die USA es einfach hinnehmen können, daß vor unseren Augen heute und jetzt Tausende von Menschen langsam aber systematisch das Leben durch Krankheit (Entzug jeglicher Salzlieferung in Screbenica, Entzug von gereinigtem Wasser in Bihac), durch Hunger (Blockierung der Hilfskonvois mit elementaren Versorgungsmitteln für die hilflose Bevölkerung) und durch Kälte (Abschnürung der Gas und Elektrizitätsversorgung) einfach ausgeblasen wird?

16. Abgeordneter **Dr. Christian Schwarz-Schilling** (CDU/CSU)

Angesichts der Äußerungen des UNO-Generalsekretärs am Donnerstag/Freitag, 18./19. Januar 1995 hier in Bonn, daß die VN zu der klaren Auffassung gekommen ist, daß „Peace-keeping-Maßnahmen" in Bosnien-Herzegowina nicht ausreichen, sondern „Peace-enforcement-Maßnahmen" erforderlich seien und diese Maßnahmen von ihm persönlich bei den Mitgliedstaaten dringend angefordert worden seien, frage ich die Bundesregierung, wie haben die Bundesrepublik Deutschland und die Mitgliedstaaten der Kontaktgruppe darauf reagiert – zumal die Kontaktgruppe bei der Präsentierung des Friedensvorschlages vom Juli 1994 davon sprach, daß bei Ablehnung des Friedensplanes die (militärische) „Sicherung und Ausweitung der Friedenszonen der VN" vorgenommen werden muß, und welche

Initiativen wird die Bundesregierung unverzüglich ergreifen, um die Vernichtung der Bevölkerung der Bihac-Zone in den nächsten Wochen durch geeignete Maßnahmen zu verhindern?

17. Abgeordnete **Karin Rehbock-Zureich** (SPD)

Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung bei den bilateralen Verhandlungen der von der Ministerkonferenz beauftragten EU-Kommission mit der Schweiz, nachdem die Schweiz dem EWR nicht beigetreten ist?

18. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Absicht, im Bundeshaushalt die veranschlagten Mittel für die Abrüstungshilfe von 15 Mio. DM auf 13 Mio. DM und insgesamt die Mittel für Abrüstungsaufgaben überproportional zu kürzen, obwohl die Bundesregierung immer wieder die Bedeutung der sogenannten „Kooperative Abrüstung" betont hat, von der der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, in seiner „Zehn-Punkte-Initiative" vom 15. Dezember 1993 noch erklärte, sie müsse noch mehr zum Schwerpunkt gemacht und ausgebaut werden?

19. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Mittel haben in der Vergangenheit die Mitgliedstaaten der OECD im einzelnen und im Vergleich zu Deutschland für Abrüstungshilfe ausgegeben, und welche Ausgaben für Abrüstungshilfe sind von diesen Staaten für das Jahr 1995 geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

20. Abgeordnete **Amke Dietert-Scheuer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis zu welcher Generation und mit welcher Begründung hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß in Deutschland geborene bzw. aufgewachsene Inhaber und Inhaberinnen nichtdeutscher Pässe in die Herkunftsländer ihrer ausländischen Ahnen abgeschoben werden?

21. Abgeordnete **Amke Dietert-Scheuer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung eine Doppelbestrafung durch Ausweisung nach Strafverbüßung ausländischer Straftäter und Straftäterinnen für vereinbar mit dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Gleichbehandlung, da deutsche Straftäter und Straftäterinnen einer solchen zusätzlichen Bestrafung nicht unterliegen?
22. Abgeordneter **Cem Özdemir** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Unter welchen Voraussetzungen hält die Bundesregierung eine Ausweisung oder Abschiebung von minderjährigen und heranwachsenden Personen mit nichtdeutschem Paß, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sind, für vereinbar mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit?
23. Abgeordneter **Cem Özdemir** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wie rechtfertigt die Bundesregierung die außerordentliche Härte, die entsteht, wenn junge Menschen, die das Herkunftsland ihrer Eltern oder Großeltern nur noch von gelegentlichen Urlaubsreisen kennen und die dortige Landessprache nicht mehr ausreichend beherrschen, in dieses ihnen fremde Land ausgewiesen und abgeschoben werden?
24. Abgeordneter **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU)	Wann wird der Konsequenzenbericht zu den gewalttätigen Kurdendemonstrationen vom Frühjahr 1994 von der Bundesregierung vorgelegt, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung in diesem Bericht vorschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordneter **Wilhelm Dietzel** (CDU/CSU)	Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, in Deutschland erzielte Einkünfte, insbesondere der Künstler, Sportler und anderer exklusiver Bevölkerungsgruppen, die ihren Wohnsitz aus steuerlichen Gründen ins Ausland verlegt haben, in Deutschland zur Besteuerung heranzuziehen?
26. Abgeordneter **Simon Wittmann (Tännesberg)** (CDU/CSU)	Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Zollbeamten im Grenzdienst, die seit der Laufbahntrennung im Jahr 1974 normalerweise ihr ganzes Berufsleben Schichtdienst leisten müssen, weder bezüglich des Pensionsalters noch bezüglich des Eingangsamtes mit dem Bundesgrenzschutz gleichgestellt werden?

27. Abgeordneter **Georg Pfannenstein** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die ablehnende Stellungnahme der Innenministerkonferenz vom 26. November 1993 zur geplanten Umsatzsteuerpflicht für die kommunale Abwasserentsorgung, und wie will sie den Bürgern die Notwendigkeit für diese neue Steuer angesichts der bestehenden Abgaben- und Steuerbelastung erklären?

28. Abgeordneter **Georg Pfannenstein** (SPD)

Wie hoch soll die kommunale Abwasserentsorgung durch die neue Umsatzsteuerpflicht belastet werden, und wie würde sich der geplante Vorsteuerabzug u. a. in den Kommunen auswirken, die bereits in der Vergangenheit die notwendigen Umweltinvestitionen im Bereich Abwasserentsorgung vorgenommen haben?

29. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie verträgt sich das Vorhaben der Bundesregierung, für die kommunale Abwasserentsorgung eine gebührensteigernde Umsatzsteuerpflicht einzuführen, mit dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern, mit den kommunalen Spitzenverbänden eine bundesweite Offensive zur Kostenreduzierung bei Gebühren und Beiträgen zu starten, und wie beurteilt sie die ablehnenden Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände zu dieser neuen Steuer?

30. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die zusätzliche Gebührenbelastung der Bürger durch die geplante Einführung der Umsatzsteuerpflicht für die kommunale Abwasserentsorgung, und wie hoch schätzt sie den Anteil der Umsatzsteuer an den Abwassergebühren der privaten Haushalte?

31. Abgeordneter **Friedrich Merz** (CDU/CSU)

Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung der Entschädigungsanspruch der Stadt Arnsberg nach § 3f des zwischen der Stadt Arnsberg und dem Deutschen Reich im Jahr 1934 geschlossenen Garnisonsvertrages betreffend eine 8 ha große Fläche der früheren Jägerkaserne für den Fall, daß der Bund diese Fläche nicht an die Stadt Arnsberg herausgibt?

32. Abgeordneter **Friedrich Merz** (CDU/CSU)

Ist der Bund bereit, die genaue Wertermittlung einem unabhängigen Sachverständigen zu übertragen?

33. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Kriterienliste für die verbilligte Abgabe bundeseigener Grundstücke (§ 63 III 2 BHO) so zu ergänzen, daß auch die Veräußerung denkmalgeschützter Bausubstanz mit entsprechenden Preisnachlässen möglich ist, zum Beispiel bei der Veräußerung erhaltenswerter Baudenkmäler auf bisher militärisch genutzten Grundstücken?

34. Abgeordneter **Wolfgang Schulhoff** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der Überlegung des deutschen Mitglieds am Europäischen Rechnungshof, Dr. Bernhard Friedmann, bis zur Umsetzung einer grundlegenden EU-Finanzreform einen Beitragsrabatt für Deutschland auf der Grundlage von Artikel 3 des Eigenmittelbeschlusses von 1985 zu fördern, vor dem Hintergrund der Antwort der Bundesregierung auf meine Fragen 18 und 19 in Drucksache 13/104, in der sie bestätigt hat, daß es „nicht einer fairen Lastenverteilung" entspricht, „wenn Deutschland rd. zwei Drittel der Nettolasten der Gemeinschaft trägt"?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

35. Abgeordneter **Reiner Krziskewitz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Nutzen einer Reiseinsolvenzsicherung für Pauschalreisen im Falle von gemeinnützigen und caritativen Jugendreisen und die Möglichkeit einer Senkung bzw. eines Wegfalls der Versicherungskosten für die betreffenden Jugendgruppen im Rahmen des geltenden Rechts gemäß der entsprechenden EU-Richtlinie?

36. Abgeordneter **Dr. Olaf Feldmann** (F.D.P.)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Bundesrat dazu zu bewegen, sich umgehend der längst überfälligen Anpassung der Honorare für Architekten und Ingenieure, die in der Honorarordung für Architekten und Ingenieure festgelegt sind, anzunehmen?

37. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Hat die Telemit Electronic GmbH während des irakisch-iranischen Krieges Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontroll- oder Außenwirtschaftsgesetz für Exporte in den Iran oder in den Irak erhalten?

38. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung – speziell unter den positiven Effekten der Energieeinsparung – die generelle Installation von Solar-Straßenlaternen?

39. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)

In welchem Ausmaß befürwortet und fördert die Bundesregierung den Kauf von Solar-Straßenlaternen für Autobahnen, Bundesstraßen und bundeseigene Gebäude?

40. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche deutsche Herstellerfirma hat nach Kenntnis der Bundesregierung die 8000 Elektroschock-Schlagstöcke produziert und exportiert, welche nach einem kürzlichen Bericht des Britischen Fernsehens durch ein dortiges Unternehmen 1989 an die saudi-arabische Geheimpolizei zu Folterzwecken weitergeliefert wurden, und mit welcher Deklaration hatte das deutsche Unternehmen die für dieses Geschäft etwa erforderliche Ausfuhrgenehmigung erhalten?

41. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche weiteren Fälle des Exports derartiger Ausrüstungsgegenstände oder sonstiger technischer Artikel für Sicherheitsbehörden durch deutsche Unternehmen sind der Bundesregierung bekannt, und unter welchen genaueren Umständen sind derartige Lieferungen möglicherweise auch in Verantwortung der Bundesregierung erfolgt, nämlich im Rahmen der sogenannten Polizei- oder Ausstattungshilfe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

42. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß die Telemit Electronic GmbH in libysches Eigentum übergegangen ist, und welche Aufträge aus dem Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung oder des Bundesministeriums des Innern hat diese Firma seitdem erhalten?

43. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)

Wie viele ehemalige Soldaten der Nationalen Volksarmee, die das 40. Lebensjahr bereits überschritten hatten, wurden als Offizier oder Unteroffizier nach der zunächst für die Dauer von zwei Jahren festgesetzten Dienstzeit als Soldat auf Zeit auf eine längere Dienstzeit weiterverpflichtet, und bestehen weiterhin Möglichkeiten für eine Dienstzeitverlängerung als Soldat auf Zeit?

44. Abgeordnete **Dr. Christine Lucyga** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei ehemaligen Soldaten der Nationalen Volksarmee bei ihrem Ausscheiden aus der Bundeswehr als Berufssoldat oder lebensälterer Soldat auf Zeit eine „Versorgungslücke" und eine daraus resultierende Schlechterstellung zu den Soldaten aus den alten Bundesländern mit gleich langer Dienstzeit entsteht, da die in der Nationalen Volksarmee abgeleitete Dienstzeit bei der Berechnung der Dienstzeitversorgung unberücksichtigt bleibt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die aus der gravierenden Ungleichbehandlung resultierenden Härten für diese ehemaligen Soldaten zu mildern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

45. Abgeordneter **Dieter Heistermann** (SPD)

Wie viele Unfälle hat es im Jahr 1993 und im ersten Halbjahr 1994 bei der Schülerbeförderung gegeben, und wie viele Tote und Verletzte waren zu beklagen?

46. Abgeordneter **Dieter Heistermann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung der Richtlinien für Schülertransporte?

47. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen des Instituts für Fahrzeugtechnik in Essen aufgrund erheblicher Sicherheitsmängel bei Fahrradanhängern für Kinder, die wichtigsten Sicherheitsanforderungen gesetzlich festzuschreiben, und beabsichtigt die Bundesregierung, in diesem Sinne initiativ zu werden?

48. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung gegenüber der Schließung der Güterwagenreparaturwerkstatt sowie der Lehrlingswerkstatt des Werkes Trier der Deutschen Bahn AG im Jahr 1995, mit der der Verlust von 15 Arbeitsplätzen sowie 80 Ausbildungsplätzen in einer Region verbunden ist, die ohnehin durch erhebliche Strukturschwäche gekennzeichnet ist und deren Beschäftigungsmarkt durch ökonomische Folgen von Abrüstung und Truppenreduzierungen zusätzlich erheblich beeinträchtigt ist bzw. weiter beeinträchtigt werden wird, und welche Maß-

nahmen gedenkt die Bundesregierung – eingedenk der Tatsache, daß sie mit der Privatisierung der Bahnunternehmen Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen der Deutschen Bahn AG zwar weitgehend verloren hat, gleichwohl nach dem Grundgesetz zum Ausgleich unterschiedlicher Strukturstärke verpflichtet bleibt – zu treffen, um mit dem Ziel zumindest einer Teilkompensation des bevorstehenden Arbeitsplatzverlustes im Werk Trier der Deutschen Bahn AG einen Schwerpunkt der Wartung und Instandsetzung von Einheiten des Typs VT 610 (sogenannter Pendolino) im Werk Trier zu setzen und damit ihrem verfassungsmäßigen Infrastrukturauftrag nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

49. Abgeordneter **Adolf Ostertag** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse einer vorausschauenden Energiepolitik eine Änderung des § 35 des Baugesetzbuches herbeizuführen, mit dem Ziel, regenerative Energie, zum Beispiel Windkraftanlagen, als privilegierte Anlagen zu behandeln und sie mit Anlagen der öffentlichen Versorgung mit Energie gleichzustellen?

50. Abgeordneter **Adolf Ostertag** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es aus ökologischen und beschäftigungspolitischen Gründen notwendig ist, eine entsprechende Baugesetzbuchänderung zum 1. Januar 1996 zu realieren?

51. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Wann kann die Bundesregierung die Baukosten für den im Oktober 1992 fertiggestellten Neubau des Plenarsaalbereichs in Bonn mitteilen (angestrebt war nach Antwort der Bundesregierung vom 2. März 1994 eine Schlußrechnung „bis Ende dieses Jahres")?

Bonn, den 20. Januar 1995

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333